

PRESSEINFORMATION 76/2024

Zumeldung Ampel-Aus in Berlin

Präsident Erbe: Nach dem Schlusstrich braucht es jetzt einen klaren Fahrplan, wie das Land weiter regiert werden soll und welche Maßnahmen noch umgesetzt werden!

Stuttgart, 06. November 2024 – Christian O. Erbe, Präsident des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertages (BWIHK), kommentiert mit Blick auf das Aus der Ampel-Regierung in Berlin: „Unser Land, unsere Volkswirtschaft befindet sich in turbulenten Zeiten. Viel zu lange wurde sich eher darüber Gedanken gemacht, wie Geld verteilt wird. Viel zu lange wurde vernachlässigt, unter welchen Rahmenbedingungen das Geld erst erwirtschaftet werden muss. Genau diese Rahmenbedingungen gehören wieder in das Zentrum politischen Handelns gerückt. Denn unsere Wirtschaft ist in die Rezession gerutscht. Die Ampel konnte sich nicht auf einen gemeinsamen Weg aus dieser Krise verständigen. Dann muss auch ein Schlusstrich gezogen werden angesichts der Lage, in der wir uns befinden.“

Erbe betont: „Ich verlange nun einen klaren Fahrplan, wie das Land bis wann weiter regiert werden soll und welche Maßnahmen noch umgesetzt werden. Eine Hängepartie können wir uns schlicht nicht leisten – die politische Vertrauenskrise ist längst in der Breite unserer Betriebe angekommen. Es darf nicht länger sein, dass die politischen Rahmenbedingungen von den Unternehmen als ein TOP-Geschäftsrisiko bei unseren Umfragen genannt werden!“

Ansprechpartner für Redaktionen:

BWIHK | Kommunikation
Tobias Tabor
Telefon 0711 22 55 00 64
E-Mail: tobias.tabor@bw.ihk.de

Diese und weitere Pressemeldungen finden Sie [hier](#).

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHKs). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die Interessen von weit mehr als 650.000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWIHK ist es, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitgliedskammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik sowie der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.